

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Zukunft und Handlungsfähigkeit der kommunalen Kliniken sichern

Bremens kommunale Kliniken stehen durch die bundesweite Einführung der Fallpauschalen vor großen Herausforderungen: Nur Kliniken, die auf der Basis der durch Fallpauschalen abgesenkten Entgelte nach Ablauf der Konvergenzphase im Jahre 2009 in der Lage sind, kostendeckend zu arbeiten, werden dauerhaft am Markt bestehen.

Die bremischen kommunalen Kliniken versorgen pro Jahr ca. 100.000 Patienten aus Bremen und dem Umland auf höchstem qualitativen Niveau. 7.500 Voll- und Teilzeitbeschäftigte arbeiten in diesem Bereich. Der Gesundheitsbereich ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Bremen mit erheblicher Beschäftigungswirkung und überregionaler Ausstrahlung. Will man die vier kommunalen Kliniken im Interesse der Patienten und Beschäftigten dauerhaft erhalten, gibt es keine Alternative zur Fortsetzung des begonnenen Neustrukturierungsprozesses.

Die Überführung der kommunalen Eigenbetriebe in das gGmbH-Modell und die Gründung der Gesundheit Nord gGmbH folgten der Zielsetzung, die vier Standorte in Bremen zu sichern, um die regionale Versorgungsstruktur des bremischen Gesundheitssystems einschließlich ihrer überregionalen Versorgungsfunktion zu erhalten, an die Anforderungen der Zukunft anzupassen und auszubauen. Entsprechende Arbeitsstrukturen innerhalb der Klinika und in der Holding wurden geschaffen. Eine Geschäftsführerposition ist derzeit unbesetzt und der Geschäftsführer des Klinikums Bremen-Ost derzeit suspendiert.

Die kommunalen Kliniken müssen in ihren medizinischen Profilen gestärkt werden. Die Bildung medizinischer Zentren soll die hierbei notwendige Qualitätssteigerung und Vermeidung verzichtbarer Doppelangebote gewährleisten. Nur so können langfristig Arbeitsplätze in dieser Zukunftsbranche gesichert werden.

Das Klinikum Mitte steht in diesem Zusammenhang vor besonderen Herausforderungen. Die so genannte Pavillonstruktur des Hauses und seine Organisationsabläufe erfordern einen grundlegenden Prozess der auch baulichen Umstrukturierung, um den dauerhaften wirtschaftlichen Betrieb des Hauses zu erreichen.

Der Senat plant, durch die Ausschreibung eines Neubaus für das Klinikum Bremen-Mitte auf der Basis eines öffentlichen Betriebs mit privaten Investitionen (PPP-Modell) die strukturellen Hindernisse für den wirtschaftlichen Betrieb des Hauses zu bewältigen und so zu vermeiden, dass zusätzliche Landesmittel im Rahmen der Krankenhausfinanzierung in Anspruch genommen werden müssen. Durch entsprechende Synergieeffekte, die mit erheblichem Stellenabbau einhergehen, soll auch das Klinikum Mitte – trotz Absenkung der Erstattungen für Krankenhäuser – ein positives Wirtschaftsergebnis für den gesamten Klinikverbund erbringen und dadurch die wirtschaftliche Situation aller vier Standorte des Verbundes stabilisieren.

Zentrales Instrument zur Umsetzung des Masterplans und der Konsolidierung der gesamten Holding ist ein funktionsfähiger Personalbinnenmarkt und eine Personalentwicklungsplanung in der der geplante Stellenabbau an den Standorten detailliert beschrieben wird.

Der Konsolidierungsprozess, in dem sich die kommunalen Kliniken Bremens befinden, wird derzeit durch die im Klinikum Bremen-Ost bekannt gewordenen Vorkommnisse, die unter anderem zu der Versetzung von Staatsrat Knigge in den einstweiligen Ruhestand geführt haben, zusätzlich belastet.

Nach derzeitigem Kenntnisstand hat der Geschäftsführer seine Kompetenzen überschritten, eigenmächtig gehandelt und den Aussichtsrat nicht oder unzureichend informiert. Es gilt diesen Sachverhalt insgesamt weiter aufzuklären und insbesondere festzustellen ob und in welcher Höhe ein wirtschaftlicher Schaden für die Klinik Bremen-Ost gGmbH bzw. die Holding entstanden ist.

Durch den Senat wurde unverzüglich ein unabhängiger Sonderermittler eingeschaltet, der mit der Aufklärung der Vorfälle beauftragt wurde. Außerdem wurde die Innenrevision eingeschaltet. Die Deputation für Arbeit und Gesundheit ist über den Sachstand der Aufklärung am Donnerstag, den 6. Juli 2006, informiert worden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat,

1. den Prozess der Umstrukturierung der vier kommunalen Kliniken mit dem Ziel der langfristigen Sicherung ihrer Existenz in kommunaler Trägerschaft unter anderem durch die Bildung von Kompetenzzentren fortzusetzen, um die Versorgungsqualität für die Patienten zu erhalten und eine möglichst große Zahl von Arbeitsplätzen zu sichern;
2. die Handlungsfähigkeit der Gesundheit Nord gGmbH weiter zu gewährleisten und die vakante Position der Gesundheit Nord gGmbH kurzfristig zu besetzen und ebenso die Frage der möglicherweise notwendigen Besetzung der Geschäftsführerposition im Klinikum Bremen-Ost zeitnah zu klären;
3. die Voraussetzungen für die europaweite Ausschreibung für das PPP-Modell für einen Neubau im Klinikum Mitte zügig zu schaffen.
4. die lückenlose Aufklärung der Sachverhalte im Zusammenhang mit den vorgeworfenen Kompetenzüberschreitungen des suspendierten Geschäftsführers des Klinikum Bremen-Ost, die unter anderem auch zur Versetzung von Staatsrat Knigge in den einstweiligen Ruhestand geführt haben, konsequent fortzusetzen;
5. der Deputation für Arbeit und Gesundheit zur September-Sitzung einen umfassenden Bericht der bis dahin vorliegenden Ergebnisse der Ermittlungen der Innenrevision und des Sonderermittlers vorzulegen.

Winfried Brumma,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Dr. Rita Mohr-Lüllmann, Karl Uwe Oppermann,
Hartmut Perschau und Fraktion der CDU